

Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften

ABHANDLUNGEN

Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit: Handlungsoptionen und Risiken beim Aufbau stabiler Friedensordnungen

Volker Rittberger

Frieden Machen: *Peacebuilding* und *peacebuilder*.

Ulrich Schneekener

Die Debatte um die *Peacebuilding*-Kommission bei den Vereinten Nationen ist ein Beleg für die fortwährende Aktualität des Themas Friedenskonsolidierung. Dieser Bereich hat sich in den vergangenen 15 Jahren zu einer „Boombranche“ der internationalen Gemeinschaft entwickelt, wenn auch mit ambivalenten Resultaten. In dem Überblicksartikel werden die Grundzüge des *peacebuilding*-Ansatzes darlegt, verschiedene Strategien mit ihren Risiken und Nebenwirkungen werden ebenso unterschieden wie Typen von *peacebuilding*-Operationen. Auf zwei Ebenen werden anschließend die typischen Dilemmata und Herausforderungen diskutiert, vor denen die externen *peacebuilder* stehen – zum einen mit Blick auf Vor-Ort-Probleme (*field-work*), zum anderen bezogen auf jene Fragen, die sich „zu Hause“ stellen (*homework*). Dabei wird deutlich, dass die Kluft zwischen beiden Ebenen enorm ist und *peacebuilder* erhebliche Schwierigkeiten haben, beiden gleichermaßen gerecht zu werden.

Post-Conflict peacebuilding – Völkerrechtliche Aspekte der Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften

Stefan Oeter

Die Probleme „prekärer“ oder gar zerfallender Staatlichkeit haben sich zu einem zentralen Thema internationaler Politik entwickelt. Die Mehrzahl der UN-Friedensmissionen sind Versuche des *post-conflict peacebuilding*, mit denen versucht wird, auf Phänomene des Entartens und Zerfalls staatlicher Ordnungen zu reagieren. Die Bilanz der meisten dieser Missionen ist mehr als gemischt. Zwar hat das Völkerrecht in einem längeren Lernprozess halbwegs verlässliche rechtliche und institutionelle Strukturen des *post-conflict peacebuilding* herausgebildet. Viele Probleme sind dabei aber bis heute im Kern ungelöst geblieben, an vorderster Stelle die grundlegende Problematik der völkerrechtlichen Legitimation für den Versuch einer friedenskonsolidierenden Umgestaltung eines Staatswesens. Solange diese Grundfrage nicht zureichend geklärt werden kann, wird auch die Frage der rechtlichen Grenzen der Ingerenz externer Akteure in die politische Selbstorganisation eines Gemeinwesens keine zureichende Antwort finden.

Internationale Initiativen zur Eindämmung von Ressourcenkonflikten und „Neuen Kriegen“: Ein Überblick

Wolf-Christian Paes

Seit Mitte der neunziger Jahre spielt die Diskussion um die Rolle von natürlichen Ressourcen bei der Konfliktfinanzierung eine zentrale Rolle bei der Analyse von Bürgerkriegen, insbesondere in den Ländern der sog. „Dritten Welt“. Dabei wurde erst relativ spät die Frage gestellt, welche Rolle die internationale Staaten- und Zivilgemeinschaft spielen kann, um diese Art von Konflikten einzudämmen. Der Artikel gibt einen Überblick über die wichtigsten zur Zeit angewandten Regulationsmechanismen jenseits einer bewaffneten „humanitären“ Intervention. Grob lassen sich drei unterschiedliche Ansatzpunkte unterscheiden: Initiativen, die versuchen das Verhalten von privaten Konsumenten und von Unternehmen durch Kodifizierung zu verändern, Sanktionsmaßnahmen der Staatengemeinschaft und der Versuch, die Aufsicht über Einnahmen aus bestimmten Sektoren einer internationalen Kontrolle zu unterstellen. Während die Schwäche dieser Mechanismen vielfach in ihrer relativen Unverbindlichkeit liegen, ergibt sich eine neue Dimension der Konfliktbewältigung in der zunehmend engeren Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und Zivilgesellschaft.

Der Aufbau multiethnischer Polizeien auf dem Balkan.

Eine Erfolgsbilanz mit Einschränkungen

Thorsten Stodiek und Wolfgang Zellner

Die Mandate der Friedenskonsolidierungsmissionen von UN, OSZE und EU im Kosovo, in Südserbien und Mazedonien beruhen auf der doppelten Annahme, dass es möglich ist, in ethnisch gespaltenen Nachbürgerkriegsgesellschaften funktionierende multiethnische Polizeien aufzubauen, die dann einen wesentlichen Beitrag zur interethnischen Befriedung leisten. Der Beitrag überprüft diese beiden Annahmen und untersucht, gestützt auf umfangreiche eigene Umfragen, welche Faktoren den Erfolg oder Misserfolg beim Aufbau multiethnischer Polizeien auf dem Balkan bedingen. Dabei wird deutlich, dass diese zwar in relativ kurzer Zeit aufgestellt werden können, ihre volle Einsatzbereitschaft aber - die Grundvoraussetzung für die Vertrauensbildung bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen - nur mit umfangreichen Professionalisierungsmaßnahmen erreichbar ist.

“Die Wahrheit heilt”? *Gacaca*-Tribunale und Friedenskonsolidierung in Ruanda.

Susanne Buckley-Zistel

Im Rahmen der wachsenden Bedeutung von Friedenskonsolidierung haben in den vergangenen Jahren auch Wahrheitsfindung und Rechtssprechung über Kriegsverbrechen an Gewicht gewonnen. Der Beitrag fragt, welche Rolle Wahrheit und Gerechtigkeit in Nachkriegsgesellschaften spielen und ob und inwieweit sie einen prekären Frieden zwischen den Konfliktparteien konsolidieren, gar zu deren Aussöhnung beitragen können. Zur Illustration bezieht sich der Artikel auf die indigenen Dorftribunale *Gacaca* in Ruanda, mit deren Hilfe die Völkermordvergehen von 1994 geahndet werden sollen. Der Text geht diesem Ziel nach und resümiert – basierend auf einem erweiterten Wahrheitsbegriff - den bisherigen Verlauf der *Gacacas*. Dies führt zu einer eher pessimistischen Einschätzung und dem Fazit, dass die friedenskonsolidierende Wirkung davon abhängt, welche Art von Wahrheit und Gerechtigkeit hervorgebracht werden.

FREIE BEITRÄGE

Private Sicherheits- und Militäranbieter im Dienste westlicher Demokratien: Die Bürgerkriege in Bosnien-Herzegowina und Sierra Leone.

Martin Binder

Private Sicherheits- und Militäranbieter – so genannte *Private Military Companies* (PMC) - blieben als Akteure der internationalen Politik lange Zeit weitgehend unbeachtet. Mit der Debatte um das Auftauchen „neuer Kriege“, insbesondere aber aufgrund von Medienberichten über die Rolle solcher Unternehmen im gegenwärtigen Irak-Konflikt, sind PMCs indes vermehrt in das Interesse von Wissenschaft und Politik gerückt. Der folgende Beitrag fragt nach den Gründen für den Einsatz privater Militäranbieter durch gewählte Regierungen in Bürgerkriegskonflikten und argumentiert, dass der Rückgriff auf solche Firmen aus dem Zusammenwirken interventionsbegünstigender Normen und interventionsfeindlicher Kosten-Nutzen-Abwägungen resultieren kann. Dieses Argument wird anhand des Einsatzes des amerikanischen Unternehmens MPRI im Bosnienkrieg und der britischen Firma Sandline International in Sierra Leone illustriert.

DOKUMENTATION

Ein umfassendes Wiedergutmachungsprogramm für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen

Christian Tomuschat

Mit der Resolution 2005/35 hat die UN-Menschenrechtskommission ein umfassendes Regelwerk über Wiedergutmachung bei schweren Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Kriegsrechts angenommen. Im Herbst 2005 soll dieses Regelwerk noch von der VN-Generalversammlung beschlossen werden. Behandelt werden zivilrechtliche Ansprüche der Opfer sowie die strafrechtlichen Konsequenzen solch gravierender Rechtsverstöße. In dem zivilrechtlichen Teil ist von weitreichende Leistungen zugunsten der Betroffenen die Rede, doch bleibt unklar, inwieweit sich diese Aussagen auf positivrechtliche Grundlagen stützen können. Der Text schließt mit einem allgemeinen Programm für „good governance“ als Ausdruck der schadensersatzrechtlichen Garantie gegen Wiederholung des Unrechts. Zweifel erweckt im strafrechtlichen Teil insbesondere das Plädoyer für die Einführung des Weltrechtsprinzips.

REZENSIONEN

Daniel Lambach

Gerard Kreijen: State Failure, Sovereignty and Effectiveness: Legal Lessons from the decolonialization of sub-Saharan Africa

Kristina Roepstorff

Ralf Roßkopf: Theorie des Selbstbestimmungsrechts und Minderheitenrechts. Fortentwicklung der Gruppenrechtstheorie im Staats- und Völkerrecht

Helmut Volger

Claudia Mahler/Norman Weiß (Hrsg.): Menschenrechtsschutz im Spiegel von Wissenschaft und Praxis.

Ekkehard Münzing

Michael Staack/Rüdiger Voigt (Hrsg.): Europa nach dem Irak-Krieg. Ende der transatlantischen Epoche?

AUTORINNEN UND AUTOREN

Post-Conflict Peace-Building

ARTICLES

Introduction

XX

Volker Rittberger

Making peace: *Peacebuilding* und *peacebuilders*

Ulrich Schneckener

The recent debate about the UN Peacebuilding Commission can be regarded as evidence for the prevailing relevance of post-conflict peacebuilding. During the past 15 years, peacebuilding became indeed a „booming enterprise“ of the international community, be it with mixed results. This article provides an overview of the peacebuilding approach, it distinguishes various strategies, including their risks and unintended side-effects, as well as types of peacebuilding operations. Moreover, the article points to the typical dilemmas and challenges faced by external peacebuilder at two levels – first at the fieldlevel, second at the level of capitals and headquarters. The conclusion is that the gap between these two levels is enormous and that peacebuilder have serious difficulties in fulfilling the demands of both levels adequately.

Post-Conflict Peacebuilding – International Legal Aspects
of Consolidating Peace in Post-Conflict Societies

Stefan Oeter

The problems of ‘precarious’ or failing states have become a central focus of international politics. Most of the recent UN-peace missions constitute attempts of ‘post-conflict peacebuilding’, i.e. attempts to react to phenomena of degenerating and eroding statehood. The outcome of these missions is rather mixed. International law has managed in the course of a complex learning-process to develop more or less reliable legal and institutional structures of ‘post-conflict peacebuilding’. Many problems remain unsolved, however. Primary concern here is the fundamental issue of the legal legitimation of any attempt to restructure a state in the course of an external peacebuilding intervention. As long as this basic question has not found an agreed answer, it will be difficult to identify clear legal limits to the scope of external intervention in the political self-organization of the polities concerned.

International Initiatives to curb resource conflicts and “new wars”: An Overview

Since the mid-1990s the international discussion about the role of natural resources in financing conflict has been prominent in the analysis of civil wars, particularly in the so-called ‘Third World’. However, only recently the question has been asked what the international state community as well as civil society could do to curb these kinds of conflicts. The article gives an overview about recent trends in the development of regulatory mechanisms short of armed ‘humanitarian’ intervention. Roughly, there are three kinds of initiatives: Those which aim to change the behavior of private consumers and corporations through the development of codes of conducts, sanctions imposed by the international community, and the attempt to put income generated by certain sectors under international supervision. Whereas the weakness of many of these mechanisms lies in their largely voluntary nature, a new dimension of conflict resolution could stem from the increasing cooperation between state institutions and civil society.

Creation of multi-ethnic police forces in the Balkans. Success story with reservations.

Thorsten Stodiek und Wolfgang Zellner

The mandates of the UN, OSCE and EU peacebuilding missions in Kosovo, South Serbia and Macedonia are based on the double assumption that it is possible to set up functioning multi-ethnic police forces in ethnically divided post-civil war societies, and that they can then make a significant contribution to inter-ethnic pacification. This article assesses both assumptions and, based on its own comprehensive survey, investigates which factors determine the success or failure of the development of multi-ethnic police forces in the Balkans. The article shows that it is possible to successfully establish multi-ethnic police units in a relatively short period of time, but that full operational readiness, which is the prerequisite for creating trust among different ethnic groups, can only be attained via extensive professionalization measures.

“The Truth Heals”? *Gacaca* Jurisdictions and the Consolidation of Peace in Rwanda

Susanne Buckley-Zistel

Against the backdrop of a growing interest in consolidating peace establishing the truth about war crimes and prosecuting the offenders has recently gained in prominence. The paper asks what role truth and justice play in war-torn societies and if and how they contribute to the consolidation of peace. To illustrate the argument, it draws on the indigenous village tribunals *gacaca* in Rwanda, which attempt to contribute to justice and reconciliation through revealing the truth about the 1994 genocide. Based on an extended interpretation of the notion of truth, the article offers a rather pessimistic assessment and argues that their peace consolidating potential depends on what kind of truth and justice are elicited.

FURTHER ARTICLES

Private Sicherheits- und Militäranbieter im Dienste westlicher Demokratien:
Die Bürgerkriege in Bosnien-Herzegowina und Sierra Leone.

Martin Binder

Private security and military services—so-called “Private Military Companies (PMC)” —were widely ignored as important actors in international politics. However, PMCs are of increasing interest in political science in light of both the debate over the emergence of “new wars” and, especially, in light of recent media reports over the role of such companies in the current war in Iraq. This article explores why (democratic) governments introduce private military companies when they intervene in civil conflicts. It argues that Western democracies must deal with contradictory demands when confronting such situations. While liberal norms foster support for intervention in humanitarian crises, cost-benefit calculations often make these states reluctant to intervene in regions of little geo-strategic importance. PMCs help ameliorate this dilemma by responding to the humanitarian impulse “to do something,” while also reducing the financial, military and political risk of intervening. This argument is illustrated by considering the introduction of the American (private security) firm, MPRI, in Bosnia and the British firm, Sandline International, in Sierra Leone.

DOCUMENTATION

A comprehensive scheme for reparation in instances of gross violations of international human rights

Christian Tomuschat

Through the adoption of resolution 2005/35, the UN Commission on Human Rights has adopted a comprehensive scheme for reparation in instances of gross violations of international human rights law and serious violations of international humanitarian law. In a first part, the text deals with the civil consequences of such breaches, part two addresses the consequences under criminal law. The first part suffers from excessive generosity, going far beyond what is established under applicable customary law and culminating in a general programme for “good governance” as an expression of guarantees of non-repetition. In the second part, the advocacy of universal jurisdiction raises serious doubts.

BOOK REVIEWS

Daniel Lambach

Gerard Kreijen: State Failure, Sovereignty and Effectiveness: Legal Lessons from the decolonialization of sub-Saharan Africa

Kristina Roepstorff

Ralf Roßkopf: Theorie des Selbstbestimmungsrechts und Minderheitenrechts. Fortentwicklung der Gruppenrechtstheorie im Staats- und Völkerecht

Helmut Volger

Claudia Mahler/Norman Weiß (Hrsg.): Menschenrechtsschutz im Spiegel von Wissenschaft und Praxis.

Ekkehard Münzing

Michael Staack/Rüdiger Voigt (Hrsg.): Europa nach dem Irak-Krieg. Ende der transatlantischen Epoche?

AUTORINNEN UND AUTOREN

411